

**WPS Brandenburgische Landeskonferenz der Hochschulpräsidentinnen und
-präsidenten (BLHP) c/o Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg**

Frage 1

1. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine systematische und themenbezogene Einbindung der Hochschulen in ressortübergreifende Strategien zur Landesentwicklung und die Bereitstellung entsprechender Ressourcen sicherzustellen? (WR, S. 177f)

Antwort:

Wir halten es für sinnvoll und geboten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei ressortübergreifenden aber auch bei Ressortstrategien des Landes eng einzubinden, wie etwa bei den Aktionsplänen Gewalt gegen Frauen und Queeres Brandenburg, aber auch bei der Nachhaltigkeitsstrategie, der Strategie für Gute Arbeit und vielen weiteren Querschnittsthemen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind insbesondere in Zeiten der Klimakrise und beim Strukturwandel zentrale Bausteine für wissenschaftliche Innovation, regionale Wertschöpfung und den gesellschaftlichen Diskurs. Ein gutes Netzwerk aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Wirtschaftsorganisationen, Politik und Verwaltung können das Land nachhaltiger, klimaneutral, innovativer und wettbewerbsfähiger werden lassen.

Wir wollen den Wissenstransfer von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Praxis stärken und die Transfer- und Präsenzstellen sowie Förder- und Unterstützungsstrukturen für Gründungen und Start-ups im Umfeld von Wissenschaftseinrichtungen weiter ausbauen. Insbesondere die Forschungs- und Transferaktivitäten in der Klima- und Umweltforschung, der Universitätsmedizin (MUL und MHB) und der Lehrkräfteausbildung an der Universität Potsdam und der BTU wollen wir weiter unterstützen und ausbauen.

Wir wollen, dass unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen größeren Beitrag für nachhaltige Entwicklung leisten. Unser Ziel ist die Gründung eines Pakts für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen, der den Ausstoß von Treibhausgasen senkt, klimaneutrales Bauen an Hochschulen voranbringt, Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre stärkt sowie den Wissenstransfer in diesem Bereich verbessert. Dazu braucht es Nachhaltigkeitskonzepte und -beauftragte an allen Hochschulen.

Wir möchten die Zusammenarbeit von Hochschulen oder Institutionen wie der Bauhaus der Erde gGmbH mit lokaler Industrie/KMU/Handwerk fördern und landesweite Innovationspreise auflegen.

Bei der Fachkräftegewinnung und -qualifizierung stehen zum einen die akademische Ausbildung von Gesundheitsberufen mit beispielhafter Forschung in Gesundheitsregionen

sowie neue Wege in der Lehrkräfteausbildung mit einem praxisorientierten dualen Studium im Fokus. Wir treten für eine landeseigene Förderung der Geschlechterforschung und der Rechtsextremismusforschung ein.

Frage 2

2. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die gesetzliche und finanzielle Förderung von Innovationen in Studium und Lehre seitens des Landes zu erzielen. Welche Position vertritt Ihre Partei zum Thema „Gebührenfreies Erststudium“? (WR, S. 101) und (§ 5 Abs. 4 BbgHG)

Antwort:

Die Empfehlung des Wissenschaftsrats, Innovationen in Studium und Lehre gesetzlich und finanziell zu fördern, ist aus unserer Sicht nicht hinreichend klar formuliert. Konkreten gesetzlichen Änderungsbedarfen stehen wir grundsätzlich offen gegenüber, wenn hier Hürden oder Defizite gesehen werden. Die finanziellen Spielräume der Hochschulen wollen wir stetig verbessern durch die Fortführung der Hochschultreppe von jährlich 5 Mio. Euro bei der Grundfinanzierung und durch entsprechende Schwerpunktsetzung in den Hochschulverträgen/Zielvereinbarungen. Studium und Lehre attraktiv und innovativ zu gestalten, ist für uns besonders wichtig, um Studierende zu gewinnen und zu halten. Daher setzen wir innovative Ansätze in der Lehre im neuen Lehramtsstudium in Senftenberg und in der Universitätsmedizin um. Im Universitätsmedizingesetz haben wir zudem Schwerpunktprofessuren für innovative Lehre eingeführt und ermöglicht, dass diese zunächst befristet geschaffenen Schwerpunkte nach erfolgreicher Evaluation ggf. verstetigt werden können, da die Weiterentwicklung der Lehre für uns eine permanente Aufgabe ist. Entwicklungen an den anderen Hochschulen liegen natürlich auch im Rahmen der Freiheit von Forschung und Lehre und eigener Profilbildungs- und -stärkungsprozesse, die wir bei Bedarf unterstützen würden.

Ein Studium soll eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende sein, stattdessen braucht es einen Hochschulzugang und ein Studium ohne finanzielle Sorgen. Darum setzen wir uns für die Abschaffung von Verwaltungsgebühren und die Erstattung der rechtswidrigen Rückmeldegebühren ein. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der BAföG-Sätze ein. Die kürzliche BAföG-Novelle ist hierbei ein erster guter Schritt, insbesondere die Anhebung der Bedarfssätze und die Einführung einer Einmalzahlung bei Studienbeginn für finanziell Schwache. Die Bedarfssätze müssen aus unserer Sicht jedoch noch deutlicher erhöht werden.

Frage 3

3. Zur Förderung der Forschungszusammenarbeit von Hochschulen, auFE u.a. Stakeholdern zu gesellschaftlich relevanten Schwerpunktfeldern sowie zur kooperativen Spitzenforschung im allgemeinen regt der Wissenschaftsrat die Auflage eines Programms zur Forschungsförderung durch das Land an (WR, S. 121). Inwieweit unterstützt Ihre Partei diese Empfehlung und wie sollte ein solches Programm aussehen?

Antwort:

Wie schon in Antwort auf Frage 1 beschrieben wollen wir über einen von den Ministerien für Wissenschaft und Klimaschutz gemeinsam zu startenden Dialog zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Studierendenwerken, Klimainitiativen, Verwaltung und anderen relevanten Akteur*innen einen Pakt für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf den Weg bringen mit den genannten Zielen der Reduzierung von Treibhausgasen, klimaneutralem Bauen, Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre sowie dem Wissenstransfer in diesem Bereich.

Für einen effektiven Insekten- und Artenschutz wollen wir eine Koordinierungsstelle für Insektenschutz und -forschung in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Brandenburg einrichten. Sie sollen gemeinsam mit Landwirtschaftsbetrieben praxisorientierte Forschungsprojekte auf den Weg bringen, die Ergebnisse öffentlich kommunizieren und den Transfer von der Forschung in die Praxis der Landwirtschaft unterstützen.

Zudem wollen wir die Forschung zu gesellschaftlich relevanten Themen intensivieren wie Gesundheitssystemforschung, Geschlechterforschung, Demokratie und Rechtsextremismus.

Wir wollen Rahmenbedingungen von Forschung und Lehre im Bereich Digitalisierung, KI und Open Science verbessern und dazu insbesondere die hochschulübergreifenden Strukturen und Projekte, wie z.B. im Bereich der IT-Sicherheit, im Forschungsdatenmanagement sowie im Bereich Open Access, stärken.

Wir unterstützen die Empfehlung des Wissenschaftsrats an die BTU zur Entwicklung einer Drittmittelstrategie und einer thematischen Clusterbildung mit Blick auf die DFG und die übrige nationale und europäische Forschungsförderung. Dabei haben wir mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung des Brandenburgischen Hochschulsystems die Rahmenbedingungen für die BTU deutlich verbessert, indem wir auf bündnisgrüne Initiative hin gemäß der Empfehlung des Wissenschaftsrats das Errichtungsgesetz weitestgehend abgeschafft haben. Die BTU kann sich damit nun endlich zur reinen Universität weiterentwickeln.

Frage 4

4. Welchen Beitrag leistet die Internationalisierung der Hochschulen nach Einschätzung Ihrer Partei für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg? Durch welche Maßnahmen plant Ihre Partei, die Internationalisierung der Hochschulen zu unterstützen und die Integration in den Arbeitsmarkt zu verbessern?

Antwort:

Unsere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind Anziehungspunkte für Menschen aus aller Welt. Mit 19 Prozent hat Brandenburg den zweithöchsten Anteil internationaler

Studierender. Wir wollen englischsprachige Studiengänge und Lehrveranstaltungen und Beratungsstellen fördern. Auf unsere bündnisgrüne Initiative hin konnten Online-Zugangsprüfungen für ausländische Bewerber*innen ermöglicht werden. Das Hochschul-Angebot an Deutschkursen für internationale Studierende soll ausgebaut werden. Außerdem wollen wir den Studierendenaustausch zwischen Brandenburger Hochschulen und dem Ausland weiter fördern und ausbauen.

Wir wollen Geflüchteten ohne festen Aufenthaltsstatus mit dem sogenannten Spurwechsel neue Perspektiven geben, alle Arbeitsverbote für Geflüchtete abschaffen und die Möglichkeit vergrößern, Bildungsabschlüsse nachzuholen. Durch schnellere und flexiblere Anerkennung ausländischer Abschlüsse sollen Migrant*innen schneller in Arbeit oder in einem weiterführenden Studium ankommen können. Mit einer Fachkräfteoffensive wollen wir mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in den Arbeitsmarkt bringen. Das Refugee Teacher Programm wollen wir fortführen und für Lehrkräfte aus dem Ausland öffnen.

Wir haben dafür gesorgt, dass Brandenburg ein Mehrsprachigkeitskonzept bekommt. Damit wollen wir u.v.a. unsere Nachbarsprache Polnisch und Herkunftssprachen stärker fördern und für gute Deutschkenntnisse und Fremdsprachenangebote sorgen. Die neue Grundschullehrkräfteausbildung in Senftenberg soll um Sorbisch und Polnisch erweitert, ein Polnisch Lehramt an der Viadrina geprüft und Mehrsprachigkeit im neuen Berufsschullehramt integriert werden. Zur Koordination wollen wir das geplante Kompetenzzentrum Mehrsprachigkeit am Libra (ehemals LISUM) gemeinsam mit den Brandenburger Universitäten, die zu Mehrsprachigkeit forschen, einrichten.

Wir wollen mehr unabhängige Regionalforschung für das östliche Europa und setzen uns für die Einrichtung eines interdisziplinären Zentrums für Ukraine-Studien an einer Brandenburger Hochschule ein.

Frage 5

5. Unterstützt Ihre Partei die Fortführung der „Hochschultreppe“ und wird sie sich für deren Weiterführung einsetzen? Hält Ihre Partei, einen Aufwuchs in Höhe von 5 Mio. € p.a. für ausreichend, um eine stabile, auf Mehrbedarfe reagierende Finanzierung der Hochschulen sicherzustellen?

Antwort:

Wir werden die Bedingungen für das Studium in Brandenburg sowie erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter verbessern. Dazu möchten wir an der Hochschultreppe festhalten und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen. Es ist gelungen, die Hochschultreppe trotz angespannter Finanzsituation des Landes während Corona und der Energiekrise zu halten und nicht zu stoppen, das ist ein großer Erfolg. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Zusätzlichen Bedarf sehen wir v.a. im Hochschulbau. Wir wollen ein

Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen.

Frage 6

6. Die Unterfinanzierung und dysfunktionalen Prozesse im Hochschulbau sowie den immensen Instandsetzungs- und Reinvestitionsbedarf sieht der Wissenschaftsrat als ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die brandenburgischen Hochschulen an. Wie plant Ihre Partei mit den drei zentralen Empfehlungen umzugehen? (Siehe Frage 7) siehe 7.

Frage 7

- a) den Hochschulbau deutlicher als strategische Aufgabe der Wissenschaftspolitik zu verankern und eine auskömmliche Finanzierung sicherzustellen (WR, S.11)**
- b) die Funktionsfähigkeit des Hochschulbaus insgesamt zu optimieren und dessen Stellenwert in der Wissenschaftspolitik deutlich zu stärken (WR, S.85)**
- c) ausgewählten Hochschulen die vollständige Bauherreneigenschaft zu übertragen (WR, S.186)**

Antwort:

Wir wollen ein Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen. Der Hochschulbau muss perspektivisch von Bund und Ländern wieder als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Dabei wollen wir mehr Mittel bereitstellen, für eine bessere Personalausstattung des BLB sorgen und Verwaltungsverfahren vereinfachen. Besonders im Fokus stehen sollte die Energieeffizienz, denn das nutzt nicht nur dem Klima, sondern letztlich auch der Landeskasse. Wir wollen bei allen bestehenden Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen.

Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Modellvorhaben für die Übertragung der Bauherrenschaft auf eine Hochschule bekommen wir jetzt exemplarisch beim Bau der Medizinischen Universität Lausitz (MUL). Dies sollten wir begleiten und evaluieren und dann eine Entscheidung treffen, ob das Bauherrenmodell auf weitere Hochschulen ausgeweitet werden soll.

Der Wohnraummangel in Hochschulstandorten ist für Studierende besonders in Potsdam spürbar. In anderen Universitätsstädten wie Frankfurt (Oder) und Cottbus ist die Herausforderung, den Bestand an Studierendenwohnheimen zu erhalten und zu modernisieren. Studentisches Wohnen hat oft andere Bedarfe als anderer sozialer Wohnungsbau. Daher wollen wir eine eigene Richtlinie in der Wohnraumförderung für studentisches und Junges Wohnen auf den Weg bringen, in der offene Fragen z.B. bei Bau- und Ausstattungsstandards geklärt werden. Zudem wollen wir die freie Kreditaufnahme durch Studierendenwerke für Investitionen in Wohnheime ermöglichen.

Frage 8

7. Meinungsvielfalt und Diskurs kennzeichnen die Wissenschaft. Gleichzeitig tragen Hochschulen aber auch eine große gesellschaftliche Verantwortung. Daher positionieren sich die Brdb. Hochschulen deutlich gegen antidemokratische Bewegungen und jede Form von Diskriminierung. Sie verstehen Diversität als Stärke und stehen für Offenheit und ein demokratisches Miteinander. (Siehe Frage 9 und 10)

Frage 9

In welcher Rolle sehen Sie die Hochschulen beim Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung?

Antwort:

Eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit ist es, den Rechtsextremismus in Brandenburg als Gesellschaft und in der Politik gemeinsam zu bekämpfen. Um die Finanzierung von Demokratieprojekten langfristig auf solide Beine zu stellen, wollen wir mit einem Demokratiefördergesetz für Brandenburg eine verlässliche gesetzliche Grundlage schaffen. Davon könnten auch Hochschulen und Forschungseinrichtungen profitieren.

Demokratiebildung befähigt junge Menschen, sich aktiv für die Entwicklung unserer Demokratie einzusetzen und schützt vor rechtsextremer Ideologie. Neben demokratischem Grundwissen vermittelt sie interkulturelle Kompetenz, eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen und Bewusstsein für Diskriminierungsformen sowie für die Bedeutung von Vielfalt, Akzeptanz und Toleranz.

Auch an Hochschulen gibt es Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Menschen sind in der Wissenschaft immer noch unterrepräsentiert. Zwar konnten wir durch unsere Initiativen bei der Gleichstellung und Antidiskriminierung weiterkommen, doch muss in Zukunft noch konsequenter gegen Belästigung und Gewalt vorgegangen werden. Den Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wollen wir an unseren Hochschulen endlich auch auf Studierende und Lehrbeauftragte anwenden.

Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir die Hochschulen zu Präventionsmaßnahmen gegen Gewalt verpflichtet und die Gleichstellungsbeauftragten als Ansprechpersonen bei sexualisierter Gewalt benannt. Wir haben dafür gesorgt, dass nicht wie bisher nur Gewalt gegen Dinge, sondern -neu- vor allem gegen Menschen auch Gründe für Ordnungsmaßnahmen sind, auch wenn eine Tat nicht unmittelbar auf dem Campus stattfindet.

Frage 10

Wie planen Sie, die Hochschulen bei ihrem Entstehen für Vielfalt, demokratische Werte und Schutz vor Diskriminierung – ggf. auch durch entsprechende Ressourcen – zu unterstützen?

Antwort:

Mit der beschlossenen Hochschulgesetznovelle führen wir Antidiskriminierungsbeauftragte ein, stärken die Position der Gleichstellungs- und der Behindertenbeauftragten und intensivieren die Prävention vor Fällen von sexualisierter Belästigung und Gewalt. Diese Maßnahmen sind angesichts der Vorfälle an einigen Brandenburger Hochschulen dringend erforderlich.

Beim Diskriminierungsschutz haben wir die soziale Herkunft und die Inklusion ins Hochschulgesetz aufgenommen. Wir wollen Brandenburgs Hochschulen barrierefrei machen. Dafür wollen wir jeden Hochschulcampus in Brandenburg physisch barrierefrei gestalten und stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Mit der Hochschulgesetznovelle haben wir auch dafür gesorgt, dass bei einem Personenstandswechsel der Ergänzungsausweis für trans* und inter* Personen an Hochschulen anerkannt wird. Wir wollen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz auf alle Gruppen an Hochschulen anwenden, nicht nur auf Beschäftigte.

Viele dieser Maßnahmen sind über die Hochschulverträge zu konkretisieren und im Rahmen der Hochschultreppe zu finanzieren. Darüber hinaus treten wir für eine landeseigene Förderung der Geschlechterforschung und der Rechtsextremismusforschung ein.